

Anlage 5
Auswertung

Bezirksregierung
-Dezernat 24-

(PLZ, Ort)

An das
Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat 22
Haroldstr. 4
40213 Düsseldorf

Auswertung der von den anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und den anerkannten Ärztinnen und Ärzten vorzulegenden Erfahrungsberichte nach § 10 Abs. 1 SchKG für das Jahr

Am Stichtag 31.12.waren von der Bezirksregierung staatlich anerkannt

..... Beratungsstellen freier Träger
..... Beratungsstellen in Trägerschaft von Gemeinden (GV)

.....Ärztinnen und Ärzte.

Die statistische Auswertung der jährlichen Erfahrungsberichte nach § 10 Abs. 1 SchKG hat folgendes Ergebnis:

I.

Angaben der Ärztinnen und Ärzte

Gesamtzahl der Fälle

Gesamtzahl der durchgeführten Beratungsgespräche

Häufigkeit der fallbezogene Zusammenarbeit / Kontakte mit anderen

Institutionen/Personen

Sonstiges (z.B. Mitteilungen über absolvierte Fortbildungen, Supervisionen, Zusammenarbeit mit Hilfe gewährenden öffentlichen und privaten Stellen, Beratungsangebote nach § 2 SchKG)

II.

Angaben der Beratungsstellen, die keine Landesförderung erhalten.

Beratungsstelle	Anzahl der Fachkräfte - Wochenstunden insg. -

Als wesentliche Gründe für den Schwangerschaftskonflikt wurden genannt:

Gründe	Anzahl der Nennungen
familiäre, partnerschaftliche Probleme	
Kindesvater steht nicht zur Schwangerschaft/zur Frau	
Situation als Alleinerziehende	
medizinische Gründe	
körperliche/ psychische Verfassung	
Alter (zu jung/zu alt)	
Vergewaltigung/sexuelle Nötigung	
abgeschlossene Familienplanung	
grundsätzlich kein Kinderwunsch	
zu schnelle Geburtenfolge	
befürchtete Schädigung des Embryos	
diagnostizierte Schädigung des Embryos	
finanzielle/wirtschaftliche Situation	
Wohnungssituation	
(drohende) Wohnungslosigkeit	
Ausbildungs-/berufliche Situation	
Unvereinbarkeit von Familie und Beruf	
fehlende Kinderbetreuung	
ausländerrechtliche Probleme	
sonstige Gründe	
keine Nennung von Gründen	

Häufigkeit der Nennung der Inhalte, Hilfen und Informationen:

Inhalte/Hilfen	Häufigkeit
medizinische Fragen	
Rechtliche Fragen zum Schwangerschaftsabbruch	
Kostenübernahme beim Schwangerschaftsabbruch	
Krisen- und Konfliktberatung	
Sexualfragen / Familienplanung / Verhütung	
Kindschaftsrecht	
Adoption / Inpflegannahme	
öffentliche und private Hilfsfonds für Schwangere	
gesetzliche Sozialleistungen	
Elterngeld, Kindergeld	
weitere sozialrechtliche Fragen (z.B. Kindergartenplatz/Unterhalt)	
weitere Beratungsinhalte und –themen	
andere Fachkräfte/ Institutionen hinzugezogen	
Angebote sozialrechtlicher Hilfen und Möglichkeiten waren nicht vorhanden	
Angebote waren bekannt	
Angebote waren nicht erwünscht	

III.

Von den übrigen anerkannten Beratungsstellen liegen die Angaben im Rahmen des Programmcontrollings der Landesförderung vor.

IV.

Die Auswertung der Angaben aller anerkannten Stellen zu den zugrunde liegenden Maßstäben und gesammelten Erfahrungen hat folgendes ergeben:

V.

Sonstige Hinweise: